

Position des AfA Bundesvorstandes und Bundesausschusses zu Sondierungsgesprächen und ggf. Koalitionsverhandlungen

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 22. September 2013 hat gezeigt, wie schwer es ist, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler wiederzugewinnen. Weiterhin steht die SPD für Arbeitnehmerinteressen, Soziale Gerechtigkeit und Gute Arbeit.

Eine zukunftsorientierte Politik der sozialen Gerechtigkeit und Teilhabe für Alle muss umgesetzt werden. Gerade bei Sondierungs- und Koalitionsgesprächen ist ein klar erkennbarer Wiedererkennungswert unserer Ziele unabdingbar. Für uns gilt weiterhin das Regierungsprogramm der SPD.

Die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt mit guter sozialer Absicherung als Grundvoraussetzung für eine gute Lebensqualität muss für alle wieder hergestellt werden.

Die AfA fordert folgende Punkte in einem möglichen Koalitionsvertrag:

1) Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

- Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns von anfänglich mindestens 8,50 € pro Stunde.
- Entgeltgleichheit für Frauen und Männer.
- Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.
- Klare, handhabbare und restriktive Regelungen zur Gestaltung von Leih- und Werkverträgen, auch durch Mitbestimmungsrechte für Betriebs- und Personalräte. Den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen gesetzlich wirksam verhindern, gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort.
- Ausweitung der Tarifbindung und eines Tariftreuegesetzes auf Bundesebene.
- Allgemeinverbindlichkeitserklärungen erleichtern und das Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Branchen ausweiten.

2) Mehr Demokratie in Betrieben und Verwaltungen

- Ausbau der Unternehmens- und betrieblichen Mitbestimmung insbesondere bei wirtschaftlichen Angelegenheiten und Personalplanung. Das Gleiche gilt für den Öffentlichen Dienst.

3) Soziale Sicherung stärken – Altersvorsorge verbessern

- Sozialer Wohnungsbau - bezahlbare Mieten
- Abschlagsfreier Altersrentenbezug ab dem 63. Lebensjahr nach 45 Versicherungsjahren und flexible Übergänge in die Rente insbesondere für langjährig Versicherte schaffen.
- Aussetzen der Erhöhung des Renteneintrittsalters bis mindestens 50 % der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.
- Zugang zur Erwerbsunfähigkeitsrente ohne Rentenabschläge.
- Eine Solidarrente in Höhe von 850 Euro.
- Rentenversicherungsbeitrag im Herbst 2013 nicht erneut absenken, sondern eine Demographiereserve aufbauen.
- Dauerhafte Festschreibung des derzeitigen Rentenniveaus.
- Einführung der Bürgerversicherung mit guter medizinischer Versorgung und gerechten Löhnen in den Pflegeberufen.

4) Gerechte Steuerpolitik für Investitionen und Kommunen

- Investitionen in Bildung und Infrastruktur
- Finanzausstattung der Kommunen verbessern
- Deshalb ist für die AfA eine gerechte Steuerpolitik, die ein Gestalten ermöglicht, ohne die nachfolgenden Generationen mit weiteren Schulden zu belasten, unverzichtbar.
- Ausbau erneuerbaren Energien, um die Energiewende voranzutreiben

Das Ausloten von Koalitionsmöglichkeiten mit allen Parteien steht für die AfA außer Frage. Eine Große Koalition ist neben den inhaltlichen Differenzen auch aus parlamentarischen und demokratischen Gründen sehr bedenklich.

Die AfA fordert, dass vor Abschluss eines Koalitionsvertrages ein Mitgliederentscheid erfolgt, damit die Parteibasis in den Entscheidungsprozess mit einbezogen wird.